

**FW – Fraktion im Kreistag von Miltenberg****Haushalt 2010 – Die Ruhe vor dem Sturm**

Eigentlich könnte es heute eine sehr kurze Haushaltsdebatte werden, denn die Kreisumlage bleibt ja konstant und diese 44% sind im bayernweiten Vergleich ein sehr guter Wert, mit dem die Kommunen leben können. Daher waren auch die Haushaltsgespräche mit Kurt Straub, den die Freien Wähler traditionsgemäß immer mit der FDP führen auch dieses Jahr relativ unproblematisch. Wie auch in den vergangenen Jahren bedanken wir uns mit Kurt Straub für seine Erläuterungen. Wenn da aber nicht die weltweite Wirtschaftskrise wäre, die etwas zeitlich versetzt auch die Kommunen erheblich betrifft. Dennoch sollte ein Landkreis jetzt nicht die Augen schließen und seinen Gestaltungsspielraum ad acta legen. Vor diesem Hintergrund war es auch sinnvoll und gut, zumindest noch einmal kurz auf einige Anträge, die im Kreisausschuss diskutiert wurden, einzugehen:

**Thema Nummer 1: Investitionszuschuss zur Erneuerung der Start- und Landbahn am Flugplatz Mainbullau**

Die Freien Wähler wollen nicht, dass der Kreistag den Zuschuss bekommt, eine bestimmte Klientelpolitik zu betreiben. Der Satz „Förderung der regionalen Wirtschaft“, klingt zwar gut, aber es darf keine unzulässige Subventionierung von privaten Firmen werden. Die Freien Wähler wiederholen ihren Vorschlag, sich in diesem Fall an die Förderpauschalen für Vereinssportstätten zu orientieren und dies mit 6000 € pro Jahr zu fördern, denn 78% der Flugbewegungen führen Privatleute durch.

## **Thema Nummer 2: Koordinierungsstelle „Bürgerliches Engagement“- Eine halbe Stelle genügt**

Die Förderung des bürgerlichen Engagements ist grundsätzlich positiv zu bewerten, weil es einen sehr hohen gesellschaftlichen Wert hat. Eine Untersuchung der Stiftungshochschule München im Auftrag des Sozialministeriums kam 2008 zu dem Ergebnis, dass im Schnitt ein Einsatz von 1 € für bürgerliches Engagement einen Nutzen von 7,24 € bringt. Und wir sind im Landkreis Miltenberg sehr gut aufgestellt. Die Beratungsstelle für Senioren und pflegende Angehörige erhält für drei Bundeszuschüsse und ist eines von 30 Leuchtturmprojekten in Deutschland und darf sich dann „Freiwilligen Zentrum“ nennen. Und jetzt kommt noch die Koordinierungsstelle für Bürgerliches Engagement hinzu. Hier erhielt der Landkreis Miltenberg erst am 30. November die Bewerbungsunterlagen und hatte bis dahin nicht einmal offiziell sein Interesse bekundet. Wenn dann ein örtlicher CSU-Landtagspolitiker bereits am 16.4.2009 in der Presse verkünden lässt: „Ministerin begrüßt neue Fachstelle“, dann ist eine solche Vorgehensweise unseriös. Aber gut : Jetzt haben wir die Stelle. Sie kann nach Auskunft des Sozialministeriums sofort eingerichtet werden. Es ist richtig, dass der Landkreis eine Vollzeitstelle beantragt hat. Der Kreisausschuss hat am 26.2.2009 aber mit Stimmenmehrheit beschlossen: „ Zur Vorbereitung einer hauptamtlichen Fachstelle zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Landkreis Miltenberg erfolgt im Stellenplan eine Ausweisung. Die Stelle wird nur dann besetzt, wenn sie bezuschusst wird “.

Ob es eine Vollzeitstelle oder auch weniger ist, wurde beschlussmäßig nicht erfasst.

Wie ist die aktuelle Situation ?, Das Sozialministerium fördert in den nächsten 3 Jahre jeweils 12000 € pro Jahr (für Sach- und Personalkosten) und der Landkreis muss mind. die gleiche Summe dazu beisteuern. Nicht mehr und nicht weniger. Mit anderen Worten: Der Zuschuss bleibt auf jeden Fall erhalten, auch wenn es nur eine halbe Stelle ist. Ab dem vierte Jahr muss dann der Landkreis die volle Summe bezahlen, dies sind 57000 € pro Jahr. Dies ist zu viel und wurde auch nach unserer Auffassung so nicht beschlossen.

Wir sagen ganz klar: In Zeiten der knappen Kassen ist keine solche Ausweitung der freiwilligen Leistungen unverantwortlich. Eine halbe Stelle genügt völlig, zumal da wir noch zusätzlich ein Art „Freiwilligen-Zentrum“ haben.

### **Thema 3: Jugendsozialarbeit an Schulen**

Der Antrag der CSU im Kreisausschuss, dies per Geschäftsordnungsantrag von der Tagesordnung abzusetzen, bezeichnen wir als „unterirdische Vorgehensweise“. Denn es waren doch vor allem CSU- Bürgermeister und sogar der Vorsitzende des Kreisverbandes des Bayer. Gemeindetages, die diesen Antrag einbrachten. Dieses Thema ist viel zu wichtig und es darf nicht unter den Tisch gekehrt werden.

Die Position der Freien Wähler ist klar und eindeutig: Die Jugendsozialarbeit ist grundsätzlich in Zukunft beim Kultusministerium anzusiedeln und auch entsprechend zu finanzieren. Bildung ist eine Aufgabe des Staates und nicht der Kommunen. Im Protokoll des Jugendhilfeausschuss ist zu lesen, dass Landrat Schwing auch in seiner Funktion als Vizepräsident des Bayer. Landtags dafür

kämpfe. Dies ist zu begrüßen. Ich werde allerdings in m halben Jahr nachfragen, was aus ihrem Kampf geworden ist.

Die Beteiligung des Landkreises an den Kosten ist dies nur dann zu akzeptieren, wenn alle Gemeinden die Möglichkeit hatten, entsprechende Anträge zu stellen und wenn dazu dann ein Gesamtkonzept erstellt wird. Wir Freien Wähler halten die Jugendsozialarbeit als wichtige pädagogische Aufgabe, aber es müssen alle Kommunen vorher eingebunden werden. Daher wundert es uns schon, warum dieses Thema nicht vorher im Bayer. Gemeindetag und im Jugendhilfeausschuss ausführlich beraten wurde. So kam es zu zwei „Schnellschüssen aus der Hüfte“, die absolut unnötig waren.

#### **Thema 4: Unterstützung der Kinderklinik in Aschaffenburg**

Die Kinderklinik in Aschaffenburg betreut auch Kinder us dem Landkreis Miltenberg: Nahezu 30% der in Aschaffenburg eingelieferte n Kinder stammen aus dem Landkreis Miltenberg (2009 waren dies 2000 von insgesamt 6081 stationären Fällen; dazu wurden noch 180 Kinder aus dem Landkreis Miltenberg ambulant behandelt. Der Förderverein möchte dazu beitragen, dass die Kinder dort spielerisch die Zeit angenehmer verbringen können. Der Förderverein schafft zum Beispiel Spielgeräte an, die nicht zur Standardausrüstung der Klinik gehören, an. Ich möchte betonen: Die Kinderklinik Aschaffenburg ist auch für die Kinder des Landkreises Miltenberg zuständig und dafür müssen wir uns stärker als bisher engagieren. Die Freien Wähler werde dies auf jeden Fall tun.

#### **Thema 5: Suchtprävention**

Das exzessive Rauschtrinken bzw. Komasaufen hat in Bayern stark zugenommen und das Einstiegsalter ist der Jugendlichen ist gesunken. In Bayern und damit im Landkreis Miltenberg gibt es einen Handlungsbedarf. Der Freistaat Bayern fördert verschiedene Projekte wie zum HaLT oder Elterntalk, die in anderen Landkreisen wie z.B. Main-Spessart, Schweinfurt oder Würzburg. Leider wurden diese Anträge von CSU und SPD abgelehnt. Eines ist aber klar; wir müssen unsere Anstrengungen in der Suchtprävention erhöhen. Da die Suchtpräventionsstelle im LRA sich hier nicht engagieren will, müssen wir eben einen anderen Träger im Landkreis finden, die diese Angebote des Freistaates auch entsprechend umsetzt.

### **Thema 6: Seniorenpolitisches Gesamtkonzept**

Dieses zukunftsweisende Konzept wird erst in der nächsten Kreistagssitzung verabschiedet. Im Zuge der bevorstehenden finanziellen Engpässe warten wir gespannt auf die Aussagen im nächsten Jahr. Vielleicht wird dann argumentiert, diese freiwillige Leistung könne man jetzt nicht mehr umsetzen. Wenn das so sein sollte, dann war die ganze konstruktive und zeitaufwendige Arbeit des Expertengremiums und der vielen Sachverständigen und ungenutzt und auch die über 40000 € die allein für das entsprechende Büro gezahlt werden musste.

**Ein Wort noch zum Verhalten der SPD. Die SPD hat mit den Worten von Dr. Ulrich Schüren angekündigt, alle Anträge, egal wie sie lauten und wie viel sie kosten, abzulehnen. Wir halten diese Vorgehensweise für falsch, weil sie die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik massiv einengt. Zum Beispiel lehnte die SPD auch eine Live-Übertragung von Kreistagssitzungen im Internet ab. Dies sehen sogar einige Kreisräte der CSU anders. In einer**

Demokratie benötigen wir eine Meinungsvielfalt und auch damit auch eine Medienvielfalt. Eine Live-Übertragung von Kreistagssitzungen wäre auch ein Beitrag zur Stärkung der politischen Bildung. Warum will die SPD dies nicht ? Wir verstehen dies nicht !

## **Blick in der Zukunft**

**Der Blick auf die nächsten Jahre muss bereits jetzt beginnen und darf nicht erst in den Herbst/Winter verlagert werden.**

Die Kommunen in Bayern und damit auch der Landkreis Miltenberg müssen in den nächsten Jahren um ihre finanzielle Mindestausstattung kämpfen. Wir müssen in Bayern mit der Hypothek des Desasters um die Bayerische Landesbank leben. 14 Mrd. € wurden in den Sand gesetzt. In Kürze wird ein Untersuchungsausschuss 2mal die Woche und voraussichtlich 1 - 2 Jahre tagen. Wenn auch schon die Sparkasse Miltenberg- Obernburg deshalb 6 Mio. € abschreiben muss, dann merkt jeder, dass dieses Millionengrab auch im Landkreis Miltenberg seine tiefe Spuren hinterlassen hat!

**Werfen wir einen Blick auf die aktuelle finanzwirtschaftliche Situation**

### **1.Gewerbsteuer bitte als Einnahmequelle für die Kommunen beibehalten**

Die im Koalitionsvertrag stehende Neuordnung der Kommunalfinanzen und der Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren kommunalen Anteil der Umsatzsteuer klingt zwar gut, ist es aber nicht. Denn nur die Gewerbesteuer

knüpft an den Betriebssitz einer Firma an und die Einkommenssteuer an den Wohnsitz des Firmeninhabers. Wenn also ein Firmeninhaber aus dem Landkreis Miltenberg außerdem im Landkreis wohnt, gehen die Kommunen im Landkreis Miltenberg leer aus. Ein Zuschlag zur Einkommenssteuer stellt somit keinen Ersatz für die Gewerbesteuer dar.

## **2. Durch die Wirtschaftskrise werden die Steuereinnahmen immer geringer – das sind schlechte Vorboten für 2011**

1999 betragen die gesamten Steuereinnahmen der bayer. Kommunen 9 Mrd. € 2003 waren 8,3 Mrd. € und 2008 13,1 Mrd. € 2009 sind die Einnahmen schon auf 11,9 Mrd. € zurückgegangen (Anteil der Gewerbesteuer: 43%). Dies wird sich massiv auf den Haushalt 2011 auswirken.

Zu diesen 1,16 Mrd. € weniger Steuereinnahmen kommen noch weitere Steuerausfälle durch Beschlüsse der Bundesregierung (u. Senkung des Einkommenssteuersatz, Wachstumsbeschleunigungsgesetz) hinzu, so dass sich der Ausfall an Steuereinnahmen für Städte und Gemeinden auf rund 2,2 Mrd. € summiert und dies alles wird uns 2011 und 2012 treffen.

Wenn man weiß, dass gleichzeitig die Sozialausgaben der bayer. Kommunen jährlich um 250-300 Mio. € ansteigen, dann erkennt man die kritische Lage. Ich stimme der Kitzinger Landrätin Tamara Bischof ausdrücklich zu, die in ihrer Haushaltsrede im Bezirkstag dazu sagte: „Nein, meine Damen und Herren, so kann solide, verantwortliche Haushaltspolitik zwischen Bund, Ländern und Kommunen nicht funktionieren und kann von uns als kommunale Mandatsträger so auch nicht akzeptiert werden“. Wir vertreten hier und heute die Interessen des Landkreises und müssen hier Flagge zeigen.

Der Bayer. Landtag hat viele Rettungsschirme für die n denden Banken aufgespannt. Wo bleibt der Rettungsschirm für die Komm n ? Inzwischen wurden alle Bürgermeister in Bayern angeschrieben und um Unterstützung gebeten.

### **Was passiert mit der Kreisumlage 2011 ?**

Bereits jetzt wird von verschiedenen Fachleuten ein Anstieg der Kreisumlage 2011 und 2012 vorhergesagt. Die Größenordnungen schwanken zwischen 3 und 5% !

**Hier sagen die Freien Wähler STOPP. Wir müssen erst alle Möglichkeiten ausloten, um dies zu verhindern !**

### **Alternative 1: Der Freistaat ist gefordert**

- Wir brauchen eine Anhebung des Kommunalanteils am Allgemeinen Steuerverbund von derzeit 12 schrittweise auf 15% verbunden mit einer kräftigen Erhöhung der Schlüsselzuweisungen. Nur so kö n wir dem Anstieg der Sozialausgaben wirksam begegnen
- Die Erstattungsquote für die Schülerbeförderung muss a 2011 wieder von 60% auf 80% steigen. Es kann nicht sein, dass das Kultusministerium permanent Schulreformen wir zum die Mittelschule plant, die mit einem erheblichen Schülertourismus verbunden sind und dann die Kommunen bei der Erstattung der Kosten für die Schülerbeförderung alleine lässt. Dies ist unsolidarisch und widerspricht dem Grundgedanken des Konnexitätsprinzips!
- Jugendsozialarbeit an Schule ist wichtig und notwendig aber diese Kosten muss der Freistaat übernehmen; das KM ist für Personalkosten

zuständig. Wir im Landkreis Miltenberg können diese pädagogischen Kräfte finanziell nur dann verkraften, wenn die Freistaat die Kosten übernimmt.

- Des Weiteren muss der Sozialhilfeausgleich aufgestockt werden. Hier geht es um eine Erhöhung der Ausgleichsmittel nach Art. 15 AG, weil durch Erhöhung der Fallzahlen und steigende Entgelte als Folge des Tarifvertrages Öffentlicher Dienst dies zu mind. 110 Mio. € Mehrausgaben der Bezirke führt. Die Sozialausgaben entwickeln eine ungeheure Sprengkraft, weil der Landkreis dafür aufkommt, obwohl der Bund dafür verantwortlich ist und es ein Konnexitätsprinzip auf Bundesebene leider nicht gibt (Stichwort: Grundsicherung!)

### **Alternative 2: Der Bezirk ist gefordert – Eine Erhöhung der Bezirksumlage soll möglichst vermieden werden.**

Bereits 2010 herrschte Unverständnis, dass der Bezirk Unterfranken seine Umlage um 0,6% erhöht hat. Und das obwohl der Bezirk fast schuldenfrei ist. Die Pro-Kopf Verschuldung beträgt 0,95 Cent, die Pro-Kopf-Verschuldung des Landkreises dagegen 357 €. In den früheren Jahren hat der Bezirk nahezu alle Investitionen über die Bezirksumlage decken können, d. alle Ausgaben im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt konnten durch die Bezirksumlage gedeckt werden. So etwas kann sich kein Landkreis oder keine der Kommunen in Unterfranken leisten. Hier es muss es beim Bezirk eine Trendwende geben. Ab 2011 müssen alle größeren Investitionen (ab 1 Mio. €) auf jeden Fall langfristig finanziert werden und nicht mehr wie bisher durch Griff in die Zuführungen aus dem Verwaltungshaushalt. Ansonsten belastet der Bezirk die Landkreise und Städte in Unterfranken in unverantwortlicher Weise. Ich stimme

meinem Kreistagskollegen H.Spinnler uneingeschränkt zu, der eine solidarische Aktion aller unterfränkischen Landkreise fordert, um den Bezirk endlich zum Einlenken zu bringen.

### **Alternative 3: Was können wir im Landkreis tun ?**

Ich erinnere an die Diskussion im letzten Jahr, als eine Senkung der Kreisumlage möglich gewesen war. Nach langer Diskussion hatte sich dann die Kreistagsfraktion darauf geeinigt, einer unveränderten Kreisumlage von 4,0% zuzustimmen. Aufgrund der 2006 – 2008 sehr guten Wirtschaftslage und damit hoher Steuereinnahmen gelang es dem Landkreis Miltenberg, seine Schulden von 55,2 Mio. € (2006) auf 46,3 Mio. € (2009) abzubauen. Für die Freien Wähler war es daher wichtig, darauf hinzuwirken, dass die Kreisumlage auch den folgenden Jahren auf einem konstanten Niveau bleibt. Dies wurde jetzt für das Jahr 2010 erreicht, was die Freien Wähler auch als Erfolg ihrer Vorgehensweise betrachten. Die Freien Wähler fordern, diese Linie auch in den nächsten Jahren konsequent zu verfolgen. Auch wenn die Gewerbesteuererinnahmen derzeit zurückgehen, muss man für die folgenden Jahre alle Möglichkeiten ausloten, um die drohende Erhöhung der Kreisumlage in den Jahren 2011 und 2012 doch noch zu vermeiden oder eine Erhöhung möglichst gering ausfallen zu lassen. Wir sollten eine Erhöhung der Kreisumlage 2011 und 2012 nicht als gottgegeben hinnehmen, sondern alles zu versuchen, um hier im Interesse der Kommunen zu handeln. Dazu gehören:

- Streckung aller Investitionen vor allem im Baubereich
- Durchforstung des Haushalts nach Sparpotentialen
- Erniedrigung der Ausgleichsrücklage

Bezüglich der zeitlichen Vorgehensweise sollten die Gemeinden rechtzeitig in die Diskussion mit eingebunden werden und auch eigenständige Vorschläge machen, wie man die Finanzkrise im Landkreis lösen kann. Diese Diskussion sollten wir schon im Sommer und spätestens im Herbst führen. Denn wir ja heute schon, dass finanzielle Engpässe kommen. Und es sollten auch Gespräche zwischen dem Bezirksverband des Bayer. Gemeindetages (ich werde Josef Mend darauf ansprechen) und dem Bezirk geführt werden, um eine einvernehmliche Lösung, die nicht auf dem Rücken der Landkreise ausgetragen werden kann, zu erreichen. Sinnvoll wäre auch eine interfraktionelle Arbeitsgruppe hier im Landkreis Miltenberg, die nach Lösungen sucht, die die Kommunen nicht zu stark belastet.

**Komme ich zum Schluss:**

**Wir danken Kurt Straub und seinen Mitarbeitern und für die umfangreiche Vorarbeiten in den letzten Wochen. Wir wünschen Ihnen Herr Landrat alles Gute in den nächsten Wochen. Die Freien Wähler stimmen dem Haushalt 2010 zu.**